



Vom Klimawandel vertrieben

Migration und Flucht infolge des Klimawandels

„Wir werden zur Prävention von Naturkatastrophen starkes Gewicht auf Frühwarnsysteme, Katastrophenvorsorge und Reduzierung von Katastrophenrisiken legen und uns für die Entwicklung internationaler Instrumente bei dem zunehmend wichtigen Thema der Klimaflüchtlinge engagieren.“

Aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung, November 2013

Die Welt befindet sich auf einem Erwärmungskurs von 4-6 °C bis zum Ende des 21. Jahrhunderts. Die Chancen, die globale Erwärmung auf maximal 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, werden angesichts des unzureichenden Ehrgeizes im globalen Klimaschutz zusehends geringer. Gleichzeitig nehmen die Folgen des Klimawandels spürbar zu: Steigender Meeresspiegel, veränderte Niederschläge, schmelzende Gletscher oder zunehmende Extremwetterlagen wie Überschwemmungen,

Dürren und Stürme treffen vor allem die Menschen in den armen Ländern besonders hart, obwohl sie selbst oft kaum oder gar nicht zum Klimawandel beitragen. Durch die globale Erwärmung sind nicht nur Leib und Leben der Menschen direkt in Gefahr, etwa durch vermehrt oder heftiger auftretende Stürme oder Überschwemmungen. Die Lebensgrundlagen sind generell bedroht, zum Beispiel wenn wegen schleichender Klimaveränderungen die Nahrungsmittelproduktion zurückgeht oder die Wasserversorgung nicht mehr gewährleistet ist.

Darüber hinaus verfügen die Betroffenen selten über die nötigen Ressourcen, sich an die klimatischen Veränderungen anzupassen und Schäden auszugleichen. Oft bleibt ihnen dann nur Flucht oder Migration. Es gibt bislang allerdings keine internationalen Abkommen, die diese Menschen schützen.

Ursachen und Formen für Flucht und Migration infolge des Klimawandels

In Küstengebieten wie in Bangladesch oder auf flachen Inseln wie Kiribati und Tuvalu im Südpazifik ist eine wachsende Zahl von Menschen durch den Meeresspiegelanstieg der Gefahr ausgesetzt, ihr Land dauerhaft zu verlieren. Auch wiederkehrende Überschwemmungen zwingen die Menschen oftmals zur Aufgabe ihrer Heimat. Andere Unwetterkatastrophen können temporäre Fluchtbewegungen auslösen – sind die schlimmsten Sturmschäden beseitigt oder ist das Hochwasser zurückgegangen, kehren die Menschen zurück. Eine Rückkehr kann aber auch langfristig ausgeschlossen sein, etwa wenn Trinkwasser verschmutzt ist oder Ackerflächen nachhaltig geschädigt sind.

In anderen Fällen können sinkende Pegelstände von Gletscherschmelzflüssen, abnehmende Regenmengen oder vollständiges Austrocknen von regenarmen Gebieten die Wasserversorgung so verschlechtern, dass Felder nicht mehr bewässert werden können und die Nahrungsmittelproduktion zum Erliegen kommt. Der Verlust von Ökosystemen kann ebenso problematisch sein, beispielsweise wenn Korallenriffe großflächig absterben und dadurch die örtlichen Fischbestände und damit die Einkommensbasis bzw. Ernährungsgrundlage der Menschen einbrechen. Knapper werdende Ressour-

cen wie Land und Wasser können überdies bestehende Konflikte verschärfen oder neue schaffen und in der Folge zu Migration zwingen.

Seit Jahren wächst die Zahl derer, die aufgrund von Klimaveränderungen ihre Heimat zeitweilig bzw. dauerhaft verlassen oder die aufgrund von plötzlichen Unwetterkatastrophen fliehen müssen. Selten lassen sich Flucht und Migration dabei ausschließlich auf den Klimawandel zurückführen. Üblicherweise ist es ein ganzes Bündel von Gründen, das dazu führt, die Heimat zu verlassen, wie beispielsweise extreme Armut und Vulnerabilität, Konflikte und Spannungen oder fehlender Zugang zu Bildung, Einkommensmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung. Oft verschärft der Klimawandel all diese Gründe.

Gerade weil die globale Erwärmung meist nicht die alleinige Ursache ist, ist es problematisch, von „Klimaflüchtlingen“ zu sprechen, zumal Flucht und Migration die unterschiedlichsten Formen annehmen kann. Überdies hat der Begriff Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention eine völkerrechtlich festgelegte Bedeutung und bezeichnet jene Menschen, die vor politischer Verfolgung fliehen und in anderen Staaten Asyl in Anspruch nehmen können. Der Klimawandel ist dabei nicht als Fluchtgrund anerkannt.

In einigen Fällen kommt es aufgrund des Klimawandels verstärkt zu temporärer oder saisonaler Migration, wie sie viele nomadische Völker Afrikas seit Jahrhunderten praktizieren. Anderswo suchen einzelne Familienmitglieder aus ländlichen Regionen Arbeit in den Städten, um die Einkommenssituation der Zurückgebliebenen zu verbessern. Aber auch ganze Familien entscheiden sich dazu, aus wirtschaftlichen Gründen in Städte abzuwandern. In extremen Situationen sehen Staaten die Umsiedlung von Menschen vor, etwa als Teil von Anpassungsstrategien. Solange die Entscheidung zu Migration freiwillig ist, muss sie auch nicht problematisch sein, sondern kann bei guter Vorbereitung und mit passender Unterstützung für die Menschen durchaus eine Verbesserung der Lebensumstände bedeuten.



Flutkatastrophe in Pakistan (Swattal und Peshawar)

Rechtliche Lücken, Handlungsfelder und Lösungsansätze

Die wichtigste Absicherung zur Minderung der Auswirkungen des Klimawandels ist dessen größtmögliche Begrenzung durch ambitionierten Klimaschutz. Allerdings gilt: Wegen der verzögerten Wirkung der Treibhausgase in der Atmosphäre wird die globale Erwärmung zunächst fortschreiten, wodurch sich die negativen Folgen des Klimawandels verschärfen. Die Anpassung an die klimatischen Veränderungen wird damit immer wichtiger, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittelproduktion, Wasserversorgung und Katastrophenvorsorge. Aber auch große Anstrengungen bei der Anpassung an den Klimawandel werden nicht verhindern, dass immer mehr Menschen abwandern müssen – insbesondere dort, wo die Grenzen der Anpassung erreicht werden.

Daher braucht es Lösungen, die die Rechte und Bedürfnisse der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken und an deren Ausarbeitung sie selbst beteiligt werden. Pauschale Lösungen wird es allerdings nicht geben, denn wie alle Anpassungsstrategien wird auch Migration infolge des Klimawandels unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen erfolgen und entsprechend maßgeschneiderte Antworten brauchen. Die folgenden Handlungsfelder gilt es dabei zu bearbeiten:

Migration infolge von schleichenden klimatischen Veränderungen kann eine Form der Anpassung an den Klimawandel sein. Daher darf es nicht das Ziel von politischen Maßnahmen sein, Migration zu verhin-

dern, unterbinden oder zu erzwingen. Im Rahmen von Anpassungsstrategien könnten Entwicklungsländer neue Mobilitäts- und Einkommenskonzepte für die betroffene Bevölkerung entwickeln, die zum Beispiel in Form von Kooperationen über Ländergrenzen hinausreichen. So könnte beispielsweise Migration von Saisonarbeiterinnen und -arbeitern ins Ausland ermöglicht und geeignete Infrastruktur für Rücküberweisungen ins Herkunftsland aufgebaut werden. Wichtig ist, dass solche Maßnahmen Teil einer kohärenten Migrationspolitik sind, die im Einklang stehen mit längerfristigen Entwicklungszielen der betroffenen Länder und mit diesen auch gemeinsam geplant und durchgeführt werden.

Für die Anpassung an den Klimawandel und damit auch für Migration als einer Form der Anpassung bedarf es finanzieller und technischer Unterstützung im Rahmen der Klimafinanzierung durch die Industrieländer, darunter neue Zusagen an wichtige multilaterale Klima-Fonds wie den Adaptation Fund und den Least Developed Countries Fund. Für den rechtlichen Schutz von Migrantinnen und Migranten sollten die bislang unverbindlichen UN-Leitprinzipien zum Schutz und Umgang mit Binnenvertriebenen von allen Staaten in nationales Recht überführt und die aus ihnen ableitbaren Verpflichtungen auch bei staatlich organisierten Umsiedlungen eingehalten werden.



Flüchtlingslager Brejing im Ostschad, in dem Flüchtlinge aus Darfur leben.

Für das adäquate Handeln vor, während und nach plötzlichen Katastrophen bedarf es eines gut durchdachten Katastrophen- und Wiederaufbaumanagements. Hierzu gehören zum Beispiel wirksame Katastrophenvorsorge inklusive besserer Frühwarnsysteme, Unterstützung zur Bewältigung von humanitären Krisen sowie eine adäquate Vorbereitung auf zukünftige Katastrophen (denkbar als Bestandteil von Programmen zur Anpassung an den Klimawandel). Die internationale Staatengemeinschaft muss dafür das bestehende System der humanitären Hilfe ausbauen und die Verzahnung der Not- und Übergangshilfe verbessern, um den Menschen nach der unmittelbaren Gefahr einer Katastrophe eine Perspektive zur Rückkehr in eine sicherer gewordene Heimat bieten zu können.

Kooperation bei grenzüberschreitender Migration:

Grenzüberschreitende Anpassungsmaßnahmen und regionale Kooperationen können einerseits helfen, Menschen vor ungewollter Migration zu schützen, andererseits aber auch Migration als Form der Anpassung ermöglichen. Dies kann auch bilaterale Abkommen zur Aufnahme der Betroffenen einschließen. Solche Kooperationen oder Abkommen müssen frühzeitig angegangen werden, damit bei plötzlichen Flucht- und Migrationsbewegungen schnell gehandelt werden kann. Die internationale Klimafinanzierung muss solche Prozesse unterstützen.

Schutzansprüche und Rechte bei grenzüberschreitender Migration: Bisher gibt es keine verbindlichen internationalen Bestimmungen, die Schutzansprüche und Rechte von Menschen festlegen, die wegen des Klimawandels Grenzen überschreiten. Deswegen muss die Staatengemeinschaft durch völkerrechtliche Vereinbarungen den Status der Betroffenen und deren Rechte definieren und Instrumente entwickeln, die ihnen in der neuen Umgebung neben Rechtssicherheit auch Einkommensperspektiven und die Schaffung von Lebensgrundlagen gewähren. Die Nansen-Initiative leistet hier wichtige Vorarbeiten, die später für völkerrechtliche Vereinbarungen genutzt werden können¹. Darüber hinaus muss die internationale Gemeinschaft an wirksamen Lösungen arbeiten, wie Betroffene angemessenen Ersatz für durch den Klimawandel entstandene Schäden und Verluste geltend machen können.

Migrationspolitik in Deutschland und in der Europäischen Union:

Auch Deutschland und die Europäische Union müssen unabhängig von der Ausgestaltung zukünftiger Abkommen zum Schutz von „Klimaflüchtlingen“ dringend Maßnahmen ergreifen, die die Rechte von Flüchtlingen sowie von Migrantinnen und Migranten stärken. Europäische und deutsche Migrationspolitik darf nicht länger akzeptieren, dass Tausende Menschen an den Außengrenzen sterben. Flüchtlingsschutz und die Wahrung der Menschenwürde müssen an erster Stelle stehen.



© DRK

Zwei Frauen tragen während eines Sandsturmes Feuerholz ins Flüchtlingslager Abu Shok in Darfur.

¹ Die 2012 entstandene Initiative, der sich einige Staaten auf freiwilliger Basis angeschlossen haben, hat sich zum Ziel gesetzt, den rechtlichen Schutz von Menschen zu verbessern, die aufgrund von Naturkatastrophen in Nachbarstaaten fliehen müssen.

Zum Weiterlesen

- Pro Asyl, amnesty international, Brot für die Welt, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Germanwatch, medico international, Oxfam Deutschland (2013): „Auf der Flucht vor dem Klima“ – Diskussionsbeitrag zu den Herausforderungen klimabedingter Migration und einer solidarischen Klimamigrationspolitik.
www.oxfam.de/publikationen/klima-flucht
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): „Klimamigration. Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion“ – Forschungsübersicht, Ansätze und Strategien.
www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp45-klimamigration.html
- International Organization for Migration (2012): „The State of Environmental Migration 2011“ – jährlich aktualisierter Bericht über die globalen Entwicklungen und Dynamiken klimabedingter Migration.
http://publications.iom.int/bookstore/free/State_Environmental_Migration_2011.pdf
- International Organization for Migration (2011): „Climate change, migration and critical international security considerations“ – Studie zu Prognosen und Szenarien der Auswirkungen des Klimawandels auf Migration.
http://publications.iom.int/bookstore/index.php?main_page=product_info&products_id=688
- Intergovernmental Panel on Climate Change: „Climate Change 2013: The Physical Science Basis“, „Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability“ und „Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change“ – drei Teilberichte des fünften IPCC-Sachstandsberichtes.
www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/
- „Es fehlen Strategien für Klimaflüchtlinge“ – Interview mit Susan Martin (Leiterin des Instituts für internationale Migrationsstudien).
www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/14069-qes-ehlen-strategien-fuer-klimafluechtlinge
- „Klimawandel macht Teufelskreis der Armut zur Abwärtsspirale ohne Ausweg“ – Interview mit Sophia Wirsching (Brot für die Welt) und Jessica Fritz (Deutsches Jugendrotkreuz).
www.die-klima-allianz.de/interview-klimawandel-macht-teufelskreis-der-armut-zur-abwartsspirale-ohne-ausweg/
- „Der Klimaflüchtling“ – Artikel über die Ergebnisse des Workshops „Klimabedingte Migration. Auf der Suche nach Lösungen für die Zukunft“ der klima-allianz und des Jugendrotkreuz am 14.05.2013.
www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/13656-klimabedingte-migration
- „Die neuen Flüchtlinge“ – Artikel über die Nansen-Initiative, welche die Schweiz und Norwegen mit dem Ziel gegründet haben, den rechtlichen Schutz der Menschen zu garantieren, die aufgrund von Naturkatastrophen ins Ausland flüchten müssen.
www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/Migration-Umwelt-Klima-Nansen

Herausgegeben von:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Caroline-Michaelis-Straße 1

10115 Berlin

www.brot-fuer-die-welt.de

Redaktion: Sophia Wirsching, sophia.wirsching@brot-fuer-die-welt.de

Deutsches Jugendrotkreuz

Carstennstraße 58

12205 Berlin

www.jugendrotkreuz.de

Redaktion: Jessica Fritz, fritzj@drk.de

Kindernothilfe

Düsseldorfer Landstraße 180

47249 Duisburg

www.kindernothilfe.de

Redaktion: Petra Stephan, petra.stephan@knh.de

klima-allianz deutschland

Schwedenstraße 15a

13357 Berlin

www.die-klima-allianz.de

Redaktion: Malte Hentschke, hentschke@klima-allianz.de

Oxfam Deutschland

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

www.oxfam.de

Redaktion: Jan Kowalzig, jkowalzig@oxfam.de

Veröffentlicht im Mai 2014.